

EU-Einlagensicherung: Charmeoffensive verpufft

1. Kompetenzen

Die Schülerinnen und Schüler sollen ...

1. die generelle Funktion von staatlich festgelegten Einlagensicherungen im Wirtschaftsgeschehen ermitteln.
2. sich die Pläne der EU-Kommission bezüglich der Einrichtung einer europaweiten Einlagensicherung erschließen.
3. die diesbezügliche Position der deutschen Sparkassen analysieren.

2. Aufgaben

1. *Beschreiben Sie, was generell unter einer staatlich fixierten Einlagensicherung verstanden wird.*
2. *Erschließen Sie sich die aktuellen Pläne der EU-Kommission bezüglich der Einrichtung einer europaweiten Einlagensicherung. Benennen Sie die im Wesentlichen hiermit verfolgten Zielsetzungen.*
3. *Geben Sie die Stellungnahmen der deutschen Sparkassen zu den vorgestellten Plänen wieder. Überprüfen Sie, inwieweit und mit welchen Argumenten diese Widerstand leisten.*
4. *Erörtern Sie den Konflikt unterschiedlicher nationalstaatlicher Interessen im vorliegenden Fall. Arbeiten Sie heraus, welche Regierungen sich eher für bzw. gegen eine gemeinsame Einlagensicherung aussprechen werden und verorten Sie die Stellung und Aufgaben der EU-Kommission in diesem Zusammenhang.*

EU-Einlagensicherung: Charmeoffensive verpufft

EU-Kommissionsvize Valdis Dombrovskis wirbt bei den Sparkassen für die Einlagensicherung - und steht auf verlorenem Posten.

- Er hat einiges an Vorlauf gebraucht. Valdis Dombrovskis, Vize-Präsident der EU-Kommission, sprach zunächst all die Projekte an, wo kein Widerspruch der Zuhörer zu erwarten war. Dann erst näherte er sich dem großen Streitthema: der EU-Einlagensicherung. Brüssel habe für eine gemeinsame Bankenaufsicht gesorgt, es gebe ein einheitliches Abwicklungsregime für europäische Banken. „Da ist es nur konsequent, in Stufen eine gemeinsame Einlagensicherung anzusteuern, auch um den Euro wetterfest zu machen“, sagte Dombrovskis bei der Handelsblatt-Jahrestagung „Zukunftsstrategien für Sparkassen“.
- 10 Dombrovskis wagte sich damit auf das Terrain der größten Kritiker. Die Sparkassen wollen nicht, dass mit dem Geld deutscher Sparer die Kunden ausländischer Institute vor Verlusten ihrer Guthaben geschützt werden. Die Haftung werde vergemeinschaftet, ohne dass man Einfluss auf die Risiken der Institute etwa in Italien oder Griechenland habe. „Mir hat noch niemand erklären können, warum die Vergemeinschaftung der
- 15 Einlagensicherung die Vollendung der Bankenunion sein soll“, sagte Helmut Schleweis, Präsident des deutschen Sparkassen und Giroverbands. Dombrovskis versuchte, die Gegenargumente zu entkräften: Die Einlagensicherung würde die Bankenlandschaft stabilisieren und dafür sorgen, dass weniger Steuergeld für künftige Rettungsaktionen mobilisiert werden müsste. „Es geht nicht darum, dass man Verluste sozialisieren will“, so
- 20 der EU-Kommissionsvize.

- Nicht nur die Sparkassen, auch die deutsche Politik ist noch nicht überzeugt. Es müssten zunächst einige Voraussetzungen erfüllt sein. „Wir müssen schrittweise vorangehen“, forderte Antje Tillmann, finanzpolitische Sprecherin der Union bei der Handelsblatt-Tagung. Es müsse vorher klar sein, dass mehr notleidende Kredite abgeschrieben werden, bevor man sich auf eine Einlagensicherung einlasse. Tillmann: „Absichtserklärungen reichen da nicht.“ Ihr SPD-Kollege Lothar Binding mahnte ein europaweites
- 25 Insolvenzrecht an. „Zudem ist nicht klar, wie mit Staatsanleihen umgegangen werden soll.“ Auch diese könnten Bankbilanzen belasten. Gerhard Schick, Finanzexperte der
- 30 Grünen, sieht eine EU-Einlagensicherung weniger kritisch: Man müsse diese zwar an Vorbedingungen knüpfen. Aber die Einlagensicherung sei nicht mehr so wichtig für die Stabilisierung der Banken, da es andere Instrumente gebe, die Institute und ihre Gläubiger zur Verantwortung zu ziehen. Dombrovskis sieht einen Teil der geforderten
- 35 Voraussetzungen bereits erfüllt: Die Banken hätten Fortschritte beim Abbau ihrer Risiken gemacht. „In den vergangenen drei Jahren ist der Anteil fauler Kredite in den Bilanzen der EU-Banken von 6,7 auf 4,4 Prozent gesunken.“

Quelle: Drost, F./Slodczyk, K., Handelsblatt, Nr. 040, 26.02.2018, 31